

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.32 Uhr
Ende: 13.25 Uhr

1) Atelierhaus in der Monsbergergasse

GRin. **Bergmann** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl, auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses vom 16. Februar 2006 wurde für das Atelierhaus in der Monsbergergasse ein neues Mietmodell erarbeitet, welches jetzt anlässlich eines Stadtsenatsbeschlusses an die KünstlerInnen des Atelierhauses übermittelt wurde.

Jenen KünstlerInnen, welche bereits seit mehreren Jahren Ateliers benützen, wurde ein Mietmodell angeboten. Bisher wurden nur die Betriebskosten bezahlt.

Grundsätzlich sind diese KünstlerInnen mit einem Mietvertrag einverstanden. Jedoch die vorgeschlagenen Mieten scheinen Ihnen auf Grund der dort vorherrschenden Situation im Haus nicht angemessen zu sein.

Das Haus ist schon lange in einem sehr desolaten Zustand, und die meisten Künstler und Künstlerinnen haben von sich aus notdürftig Verbesserungsmaßnahmen gesetzt.

Die Räume sind durchwegs sehr feucht und es gibt immer wieder neu auftretende Wasserschäden. Die Wasserversorgung ist dadurch öfters unterbrochen, was die Arbeit in einem Atelier nicht gerade leicht macht. Weiters sind die Lichtleitungen in einem äußerst bedenklichen Zustand.

Ich stelle an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, sich mit dem zuständigen Liegenschaftsreferenten vor Ort noch vor Ablauf der gesetzten Frist Ende September die Situation persönlich anzusehen und mit den KünstlerInnen eine vertretbare Miete zu verhandeln (*Applaus KPÖ*).

StR. **Miedl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, ja ich bin bereit, mache ich natürlich sehr gerne, sage aber dazu, es geht hier bei diesem vorgeschlagenen Mietenmodell nicht darum, dass die Stadt Graz jetzt Geld einnimmt, sondern ganz im Gegenteil, wir wollen das Geld, das da hereinkommt, natürlich den Künstlern wieder, und zwar genau den gleichen Künstlern oder der gleichen Gruppe, wieder zur Verfügung stellen. Das, worum es mir jetzt vom kulturpolitischen Ansatz her geht, ist, dass wir eine Fluktuation in der Nutzung dieser Atelierräumlichkeiten zustande bringen. Man muss wissen, Frau Kollegin, dass seit 1988 zum Teil diese Atelierräume benutzt werden. Ich kenne auch das Vorhaben vieler meiner Vorgänger, hier Fluktuation hineinzubringen. Es ist meist im Ansatz steckengeblieben und die Fluktuation kam nie zustande. Wenn, Frau Gemeinderätin, Ihr Vorhaben sich mit meinem deckt und wir sagen, wir schauen uns das an, schauen ob wir da oder dort Verbesserungen machen können, bin ich wirklich gerne bereit, weil ich will den Künstlern, die dort leben zum Teil, die ja nicht nur ihrer Atelieraufgabe dort nachkommen, sondern zum Teil leben sie ja auch dort, dass man eine Fluktuation hineinbringt, dass junge Künstler auch in den Genuss solcher Atelierwohnungen kommen, dann bin ich gerne bereit, mich mit Ihnen auf einen Kompromiss zu treffen. Wenn es aber gemeint ist, dass wir die alten Zustände wieder einziehen lassen, den Eindruck habe ich allerdings nicht, dann bitte ich um Verständnis dafür, dass ich bereit bin, auch in dieser Frage zu handeln, weil es muss sich was verändern, damit sich in dem Bereich auch Gerechtigkeit entwickelt und ich will nicht, dass Atelierwohnungen als Dauerwohnungen sozusagen von ein und derselben Gruppe permanent benutzt werden. Aber ich denke, soviel sind wir in den Vorgesprächen auch aufeinander zugegangen und haben verstanden, dass das ein kompatibles Vorgehen ist. Abschließend, ich bin bereit, gemeinsam mit Ihnen mir die Sache vor Ort anzuschauen, da oder dort auch um einen Kompromiss zu ringen, aber ich will von der grundsätzlichen Vorgangsweise, bitte wirklich um Verständnis, nicht abweichen.

2) Rückstände Sturm

GRin. **Jahn** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Jahn:** In meiner Frage geht es um die Grazer Fußballvereine. Hauptsächlich um Sturm Graz, obwohl wir natürlich alle wissen, dass sowohl Sturm Graz als auch der GAK sich in einer sportlichen mittelprächtigen Lage, finanziell in einer eher dramatischen Lage seit längerem befinden. Über die Finanzverhältnisse beim SK-Sturm gibt es sehr, sehr viele kolportierte Gerüchte, Tatsachen etc. Seit letztem Herbst haben sich dann die Zahlen ein wenig konkretisiert und zwar wurde im Zuge der dann doch stattfindenden Generalversammlung, die einberufen wurde vom Herrn Kartnig, ein Schuldenstand, ein negatives Eigenkapital von 5,7 Millionen angegeben. Wir kennen die weiteren Folgen, aber vielleicht möchten ihr auch ein bisschen zuhören bei der SPÖ, wenn ich euren Stadtrat befrage. Wir kennen die weiteren Folgen, Hannes Kartnig hat sich an der Spitze des Vereines irgendwie halten können, trotz heftiger Widerstände, etliche Sportler wie David Mujiri, Frank Silvestre und Ronald Gercaliu haben den verlassen, aufgrund von ausstehenden Gehaltszahlungen. Der Bundesligasenat hat in erster Instanz die Lizenzvergabe verweigert. Trotz alledem, und das ist das Erstaunliche aus unserer Sicht, trotzdem, dass eigentlich keine finanzielle Erholung in Sicht ist bei dem Verein, hat sich dann das Land Steiermark eingeschaltet und sozusagen eine Haftung übernommen für Kredite, die beide Vereine aufnehmen mussten in der Höhe von jeweils drei Millionen, um den Lizenzerhalt zu bekommen. Dabei wurde, und das finden wir eigentlich besonders schlimm, eine Umwidmung durchgeführt von 1,7 Millionen Euro, die Sturm eigentlich für das Trainingszentrum hätte verwenden sollen und gleichzeitig wurde auch auf Geld vorgegriffen, das eigentlich für die Nachwuchsförderungsmittel gedacht war, nämlich bis in das Jahr 2010, was wir natürlich inhaltlich nicht unterstützen können von grüner Seite. Wir wissen, die momentane Situation ist, dass eigentlich eine Ratenzahlung mit dem Finanzamt vereinbart wurde, ab Juli des heurigen Jahres, an die sich aber Sturm Graz nicht halten konnte auf Grund von offensichtlichen Liquiditätsproblemen. Zwar gibt es jetzt eine Vereinbarung, die eben besagt, dass bis zum 20. Oktober sozusagen mit der Finanz bei Gericht eben eine konkretere Vereinbarung hinterlegt werden müsste, bevor eben dann das Konkursverfahren tatsächlich eingeschaltet wird (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Danke, Herr Vizebürgermeister, für das Klingeln, auch wenn das nicht so viel bewirkt, liebe KollegInnen, nein, das ärgert mich einfach nur, dass keiner sich für unsere sportliche Bundesligazukunft interessiert und gleichzeitig die Malaise der beiden Vereine. Also eigentlich wollten

wir über die ausstehenden Gelder, die zwischen 160.000 und 220.000 Euro kolportiert werden bei der Stadt Graz, reden, die eben jetzt vom Verein Sturm Graz ausständig ist...

Bgm.-Stv. **Ferk**: Frau Gemeinderätin, jetzt ist es sehr freundlich und ich will da wirklich nicht unterbrechen, aber Sie sollten schon die Frage formulieren und nicht den Dialog pflegen, Wechselrede haben wir dann eh die Möglichkeit bei dem Tagesordnungspunkt.

GRin. **Jahn**: Also ich habe das nur gesagt, um zu erläutern, warum es geht, weil ich nicht glaube, dass das jeder weiß und so gut ich das Statut kenne, ist es auch mein Recht, genau dieses zu tun. Deswegen meine

Frage:

In welcher Form wird sich die Stadt Graz an einem eventuell stattfindenden Konkursverfahren gegen den SK-Sturm als Gläubigerin beteiligen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also ich werde mich auf die Beantwortung jenes Teils beschränken, der die Stadt Graz selbst berührt. Die Stadt wird im Falle der Einleitung eines Konkursverfahrens ihre Forderungen innerhalb der vom Konkursgericht festgesetzten Frist anmelden. Dies entspricht der Form, in der ein Gläubiger seine Forderungen in einem Konkursverfahren geltend zu machen hat. Innerhalb welcher Frist man seine Forderungen anmelden muss, erfährt man durch einen Blick in die Konkursediktsdatei, die im Internet abrufbar ist. Ergänzend möchte ich dazu sagen, dass das Konkursverfahren vom zuständigen Richter zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht eröffnet wurde. Sturm ist also in der Ediktdatei daher auch noch nicht vorhanden. Bei der ersten Prüfungstagsatzung Mitte September war als einzige

Gläubigerin die Republik Österreich, durch die Finanzprokurator vertreten, anwesend. Sturm wird bis zum 25. 10. 2006, also sehr lange und offenbar bewusst über den Termin der Nationalratswahl hinaus, Zeit gegeben, eine Einigung mit der genannten Gläubigerin herbeizuführen. Und sobald das geschehen ist, oder wenn es eben nicht geschehen ist werden die weiteren Schritte der Stadt Graz gesetzt werden. Die Stadt Graz hat gegenüber Sturm gegenwärtig fällige Forderungen aus Kommunalsteuer und Hausabgaben in einer Höhe, die knapp unter dem Betrag liegt, den du genannt hast, als untere Grenze. Hinsichtlich eines Betrages von 140.000 Euro hat Sturm um eine Ratenzahlung angesucht und das wurde mit Bescheid vom 4.9.2006 abgelehnt, da die Antragstellerin keine Sicherstellungen beibringen konnte. Das war die Voraussetzung dafür, dass wir einer Ratenzahlung zugestimmt hätten. Falls jetzt weiter nichts geschieht, werden wir genötigt sein, nach Ablauf der Rechtsmittelfrist weitere Schritte im Zuge einer Exekution einzubringen.

GRin. **Jahn**: Ich warte darauf, dass der Herr Vizebürgermeister mir das Wort erteilt. Meine Zusatzfrage: Wird die momentane problematische Situation, wird die auch Auswirkungen bei der künftigen Fördervergabe, also von Unterstützungen seitens der Stadt Graz haben, also dieser doch sehr negativen Erfahrungen im Moment?

StR. Dr. **Riedler**: Ich glaube, da muss man verschiedene Dinge trennen. Erstens ist für die Förderpolitik im Sportbereich natürlich mein Kollege Eisel-Eiselsberg zuständig und der Verein Sturm insgesamt hat im Amateur-Jugendbereich ja, und das sind die Bereiche, die von uns gefördert werden, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, also vor allem der Jugendbereich, tatsächlich auch die nach der Subventionsordnung vorgesehenen Leistungsbeweise erbracht, davon ist also auszugehen. Im Übrigen möchte ich noch ergänzend erwähnen, dass nach meinem jetzigen Wissensstand bis zum heutigen Zeitpunkt die Forderungen der Stadion Liebenau GmbH erfüllt sind. Es ist aus meiner Sicht durchaus im Interesse der Stadt, auch in einer schwierigen Situation dafür zu sorgen, dass die Fußballvereine in Graz existieren und hier Fußballbundesligaspiele möglichst auf hohem Niveau stattfinden,

andererseits ist es meine Aufgabe jedenfalls sicherzustellen, dass allfällige Forderungen auch abgedeckt werden, die die Stadt Graz gegenüber den Vereinen hat. Ich möchte mit einer allgemeinen Erfahrung aus Konkursverfahren allerdings abschließen, sollte ein Konkursverfahren eingeleitet werden, kann es durchaus sein, dass wir auch mit einer Quote unter 10 % nur befriedigt werden können und damit einerseits zwar der Schaden, dass wir einen Fußballverein auf Bundesliganiveau verloren haben, gleichzeitig aber die Abdeckung unserer Forderungen nur in einem sehr, sehr kleinen und marginalen Ausmaß erfolgen würde.

3) Wahlfreiheit für Familien ohne finanzielle Barrieren durch Sozialstaffel bei Tagesmüttern

GRin. **Potzinger** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, des Gemeinderates, sehr geehrte Frau Stadträtin Kaltenbeck-Michl, liebe Tatjana! Einmal mehr das Thema Tagesmütter. Wahlfreiheit für Familien ohne finanzielle Barrieren durch Sozialstaffel. Ein Herzensanliegen, das wir hier im Hause schon öfter diskutiert haben. Wir werden in der heutigen Gemeinderatssitzung auch den Prüfbericht des Rechnungshofes betreffend die Lage und den Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen in der Stadt Graz auf der Tagesordnung haben. In der heutigen Gemeinderatssitzung haben wir den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes betreffend die Lage und den Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen in der Stadt Graz auf der Tagesordnung. Wie bekannt für unter 3-jährige Kinder besteht die größte Diskrepanz zwischen Nachfrage und für alle Familien leistbarem Angebot. Der hohe Gemeinderat hat sich, wie gesagt, schon mehrfach damit beschäftigt, zuletzt am 27.4. dieses Jahres in Form eines gemeinsamen dringlichen Antrages, der eine Petition an das Land Steiermark betreffend Subventionierung der Elternbeiträge bei Tagesmüttern für die Betreuung unter 3-jähriger Kinder zum Inhalt hatte.

Wieder bekam ich Anrufe verzweifelter Eltern, die in Kinderkrippen keinen Platz für ihr Kind gefunden haben und sich die Tagesmutter nicht leisten können und es veranlasst mich einmal mehr zu

f r a g e n :

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

Wie weit sind die Vorbereitungen gediehen für Maßnahmen, welche sozial gestaffelte Elternbeiträge zum Ziel haben, vor allem in deinem Verantwortungsbereich?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sissi! Erstens einmal möchte ich zwei persönliche Anmerkungen vorweg machen. Ich möchte mich bei dir bedanken für die faire Vorgangsweise heute anlässlich einer Veranstaltungseröffnung, die ich nicht für sehr geglückt gehalten habe, danke dafür, das war sehr vornehm und sehr sensibel, du weißt, was ich meine und zweitens möchte ich dir sagen, du hast gesagt, der Gemeinderat hat sich schon mehrmals hier herinnen mit diesem Thema beschäftigt. Ich würde sagen, du hast den Gemeinderat schon mehrmals hier mit diesem Thema beschäftigt, ich will damit sagen, dass du natürlich meine Wertschätzung hast dafür, wie konsequent du deine Anliegen vertrittst. Ich würde sagen, es ist auch etwas, was wir gemeinsam haben. Nicht gemeinsam haben wir den Zugang zu dieser Frage, was nämlich die Geschwindigkeit und Möglichkeiten der Umsetzung anbelangt. Ich glaube, ich brauche hier nicht zu betonen, dass eine flächendeckende, qualitativ hochstehende Kinderbetreuung und leistbare Kinderbetreuung für mich als Familien- und Frauenstadträtin von Anfang an vordringlich war, vieles lässt sich sehen, was geschaffen wurde gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt für Jugend und Familie, neun neue Kinderkrippeneinrichtungen, sieben neue Kindergärten, sechs neue Horte, viele Gruppenerweiterungen, Sanierungen seit 1995 sprechen eine klare Sprache. Erst im Frühjahr dieses Jahres haben wir den Neubau des Kindergartens Ghegagasse beschlossen, und darüber bin ich sehr froh und dafür bin ich sehr dankbar, auch gleich mitbeschlossen die Neuerrichtung einer

Kinderkrippe. Ich denke, dass das alles sehr deutlich macht, dass uns allen bewusst ist, wie hoch diese Priorität zu setzen ist. Ich darf auch daran erinnern, dass ein wirklich großer und österreichweiter einzigartiger Meilenstein gesetzt wurde auf meine Initiative hin mit dem Grazer Tarifmodell, dass es den Eltern auch in privaten Kindergärten möglich macht, leistbare Plätze für ihre Kinder zu haben. Insgesamt gibt das dadurch 2000 mehr leistbare Plätze als das vorher der Fall war. Wie du aber auch weißt, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sissi, ist die Stadt Graz in einer sehr schwierigen Situation und ich möchte dich daran erinnern, dass auch du im Mai beim Eckwertbeschluss deine Hand gehoben hast und mitgestimmt hast, dass es vorläufig einmal lautet, in meinen beiden Ressorts Soziales und Amt für Jugend und Familie seien insgesamt mehr als vier Millionen Euro einzusparen. Und du weißt auch, denke ich auch, denke ich, was das zu bedeuten hat, kommt es nicht jetzt endlich zu Verhandlungen, in denen tatsächlich Prioritäten diskutiert und auch ausverhandelt werden. Also wenn es zu dieser Prioritätensetzung nicht kommt, ich habe das ja auch in einer Presseaussendung jetzt deutlich gemacht, würde das bedeuten die Streichung aller Ermessensleistungen überhaupt oder fast aller in meinen Ressorts, würde auch bedeuten das Ende des Tarifsystems, auf das wir gemeinsam sehr stolz sind und ich wundere mich, wenn angesichts dieser Situation du immer wieder noch mal, bei aller Wertschätzung für deine Hartnäckigkeit aber immer wieder mit Forderungen kommst, die darauf hinauslaufen, dass wir Maßnahmen oder ich Maßnahmen umsetzen soll, die bedeutende Mehrkosten verursachen. Ich darf dir jedenfalls dazu sagen, mein Amt für Jugend und Familie ist im Moment in erster Linie damit beschäftigt zu überlegen, wo es denn überhaupt Einsparmöglichkeiten gibt und eigentlich ergeben alle Überlegungen, wenn wir sie verantwortungsbewusst anstellen und interpretieren, dass man guten Gewissens in meinen Bereichen und in meinen Ressorts überhaupt nichts einsparen kann (*Applaus SPÖ*). Nichtsdestotrotz ist es mir natürlich ein wichtiges Anliegen und dazu habe ich mich auch immer bekannt, auch das Konzept der Tagesmütter zu unterstützen, ich habe vom Anfang an die Tagesmuttervereine unterstützt, indem ich dafür gesorgt habe, dass es Verträge gegeben hat. Insgesamt nunmehr seit 10 Jahren wenden wir 148.700 Euro auf, es wird mir jetzt auch wichtig sein, und auch das ist nur möglich, wenn wir die richtigen Prioritäten setzen, diese Verträge auch zu verlängern. Wenn es dann darüber hinaus die Möglichkeit gibt, dass wir noch mehr Geld bekommen als wir bisher haben, dann mag ich meine MitarbeiterInnen gerne

damit beauftragen, ein Konzept zur Sozialstaffel bei den Tagesmüttern zu erarbeiten. Ich möchte dir auch noch gerne sagen, dass, ich weiß ja nicht, ob die Berichterstattung in der heutigen Kleinen Zeitung, die basiert auf Zahlen, die du weitergegeben hast, ich hoffe, dass das nicht der Fall ist, ich hoffe, es handelt sich nur um eine Fehlinterpretation der Journalistin, ansonsten würde ich dich bitten, sehr genau den Stadtrechnungshofbericht zu lesen, erstens einmal sind in diesem Bericht tatsächliche Kosten vermischt mit Förderung, das ist natürlich nicht das Gleiche und Faktum ist, ein Kinderkrippenplatz kostet uns ungefähr 13.000 Euro pro Kinderbetreuungsplatz und ein Tagesmutterplatz kostet ungefähr 9.000 Euro, ich rede von Kosten, nicht wie du gesagt hast, 300 Euro. Wir haben das jetzt auch bei den Medien richtiggestellt. Und ich darf nur auch noch anmerken, dass ich in sehr guten Gesprächen auch mit den Vereinen bin, die Tagesmütter anstellen, insbesondere habe ich erst ein intensives Gespräch geführt mit dem Verein Tagesmütter Steiermark. Ich darf nur kurz zitieren aus einem sehr freundlichen Schreiben, das sie mir geschickt haben. Sehr geehrte Frau Stadträtin Kaltenbeck-Michl, das Schreiben ist vom 11. August, wir haben uns sehr über Ihren Besuch und den interessanten Austausch vom 4.7. gefreut. Zu Ihrer Anfrage zu den Rahmenbedingungen und Kosten bei Tagesmüttern Graz Steiermark hier eine Zusammenfassung. Da erläutert sie dann eben die Kosten, aus denen die 9.000 Euro hervorgehen und dann schreibt sie, die Geschäftsführerin Frau Mag. Heidi Kinast, die Stadt Graz hat dankenswerterweise bisher eine Kostenbeteiligung in der Höhe von 45 Euro, Stand 2003, plus jährliche Anpassung an die Personalkostensteigerung pro 40-Stunden-Betreuung übernommen. Diese Kostenbeteiligung ist für uns auch in Zukunft unverzichtbar und ich bitte Sie als Stadträtin, die sich seit jeher für die Anliegen der Tagesmütter/-väter eingesetzt hat, um Weiterführung der bisherigen Förderungsvereinbarung zwischen der Stadt Graz, Amt für Jugend und Familie und den Tagesmüttern Graz Steiermark. Soweit das dringende Anliegen des Tagesmüttervereines. Ich bin schon sehr neugierig, ob du deine Kollegen und Kolleginnen, insbesondere geht es ja um die Kollegen, in deinem Klub davon überzeugen kannst, dass ich zumindest jene Mittel bekommen muss, dass ich die Weiterführung der Tagesmütterverträge garantieren kann. Wenn es dir natürlich gelingt, alles zu kriegen, was ich brauche, damit ich meine Ermessensausgaben nicht streichen muss und darüber hinaus noch die 1,1 Millionen

Euro, die wir für das neue Modell für die Tagesmütter brauchen würden, da würde ich dir ein Leben lang dankbar sein (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich darf kurz darauf hinweisen, dass im heutigen Zeitungsbericht in der Kleinen Zeitung aus meiner Sicht sehr wohl richtig verglichen wurde wie viel die Stadt Graz ausgibt für einen Krippenplatz und wie viel sie für einen Tagesmutterplatz beisteuert. Es ging da nicht um die Gesamtkosten eines Tagesmutterplatzes, sondern um das, was die Stadt Graz beisteuert, wie du es richtig gesagt hast. Die zirka 147.000 Euro im Jahr für über 500 Kindern, die in Graz von Tagesmüttern betreut werden, eine einfache Rechnung, da kommen dann 300 Euro pro Kind und Jahr im Durchschnitt heraus. Für alle drei Vereine, die in Graz Tagesmütter beschäftigt haben, das heißt, das ist ein vergleichsweise sehr geringer Kostenbeitrag den die Stadt Graz leistet im Vergleich zu dem, was sie für Krippen ausgibt und ich zitiere deshalb hier noch einmal die Rechnungshofskriterien, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit wonach man wohl nicht mit zweierlei Maß messen sollte, nämlich in die teuerste Betreuungsform soviel zu investieren, dass unterm Strich die Eltern wesentlich weniger zahlen als bei einer Betreuungsform, die von den Gesamtkosten günstiger kommt. Es wäre eine Sozialstaffel bei den Tagesmüttern sicherlich günstiger als die Errichtung weiterer Kinderkrippen, ich möchte die beiden Betreuungsformen nicht gegeneinander ausspielen. Meine Zusatzfrage kommt jetzt sofort, die Vorbemerkung war aber notwendig. Wir haben in unserer Petition uns an das Land Steiermark gewendet, wo wir seit fünf Monaten auf eine Antwort warten. Inwieweit bist du im Kontakt mit deiner Ressortkollegin auf Landesebene, dass man hier gemeinsam Anstrengungen unternimmt, der Stadt Graz zu helfen? Vor dem Hintergrund, dass das Land 10,5 Millionen zusätzlich zur Unterstützung von Kinderbetreuung ausschüttet, wie viel kommt davon der Stadt Graz zugute?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Zunächst einmal möchte ich eine Anmerkung machen, weil du immer, also du hast nicht nur Kosten und Förderungen durcheinander

gebracht, sondern du vergleichst auch unzulässigerweise Kosten für Kinderkrippen mit Kosten für Tagesmütter. Du weißt doch ganz genau, dass es einen unglaublichen Qualitätsunterschied gibt zwischen einer Kinderkrippe und einer Tagesmutter und jetzt soll bitte niemand das so verstehen, dass ich den Tagesmüttern ihre Kompetenz abspreche, aber die Anforderung an eine professionelle Einrichtung wie eine Kinderbetreuungseinrichtung Krippe, Kindergarten oder Hort, die spiegelt sich ja auch wider in der Ausbildung. Jene Menschen, die in einer Kinderkrippe unterrichten, haben eine fünfjährige Ausbildung, eine Tagesmutter, weil sie natürlich nicht so hohe Anforderungen hat, hat eine Ausbildung von neun oder zehn Monaten. Du weißt das ja selber, also kannst du nicht sagen, dass es hier die gleichen professionellen Qualifikationen gibt. Darüber hinaus übernimmt natürlich die öffentliche Hand bei den Betreuungseinrichtungen auch die Infrastrukturkosten, das ist keine Frage und, worauf es ja eigentlich wirklich ankommt, die Frage ist ja, welches Modell bevorzugen Eltern, und da sind wir uns doch bitte einig, wenn du so viele Gespräche mit Müttern und Vätern hast, dass die Eltern in erster Linie Kinderkrippen wollen für ihre Kinder und zwar deshalb, weil gerade in der Stadt Graz die Kinderkrippen viel besser auf die Familienzeitbedürfnisse eingehen, wir haben flexible Öffnungszeiten, das geht bei den Tagesmüttern nicht, sie bieten das auch nicht an. Die Eltern wissen ganz genau, dass es keine Probleme gibt wie manchmal bei Tagesmüttern, wenn diese krank wird, die Kinderkrippe ist als Angebot immer gesichert unter allen Rahmenbedingungen, also die Eltern wissen die Vorteile einer Kinderkrippe zu schätzen und sie wissen auch zu schätzen, dass sie in jeder Einrichtung das gleiche Angebot und die gleiche Qualität haben und das ist ein wesentlicher Aspekt, also ich stehe schon dazu, dass ich in erster Linie priorisiere, Kinderbetreuungseinrichtungen wie Kinderkrippen und Kindergärten sowieso, weil das Bildungseinrichtungen sind, das heißt aber nicht, dass ich das zweite Modell nicht unterstützte und noch einmal, ich unterstütze es jetzt auch schon sehr intensiv (*Applaus SPÖ*). Und das heißt nicht, dass es an einem Mangel an Bereitschaft von meiner Seite liegt, dass ich dieses Tarifmodell noch nicht geschaffen habe. Was deine Frage zur Frau Landesrätin anbelangt, Zahlen habe ich natürlich nicht auswendig im Kopf, könnte ich dir aber gerne zukommen lassen, du musst es eh nicht auf der Stelle wissen und ich bin mit der Frau Landesrätin in sehr intensiven Gesprächen auch im Zusammenhang mit der Frage, wie wir das Angebot ausweiten können. Für die 0- bis 3-jährigen, da sind wir uns einig, dass das höchste Priorität hat, im Übrigen ist Graz noch viel besser

ausgestattet als der Rest der Steiermark, insbesondere die ländlichen Gemeinden, aber was mir ganz dringend ist zu sagen, es wird nicht gehen, dass wir diese große Herausforderung bewältigen, wenn uns der Bund damit weiterhin im Stich lässt, ich fordere von einer neuen Regierung eine Neuauflage der Kindergartenmilliarde, nur so können wir diesem Anspruch gerecht werden (*Applaus SPÖ*). Es ist eine Schande, es war gestern nachzulesen, dass Österreich nur 0,5 % des Bruttoinlandsproduktes für Kinderbetreuung ausgibt, da frage ich mich, wo ist denn da die Familienpartei, das gehört geändert.

Zwischenruf StR. Miedl: Bundesverfassung.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur nächsten Frage und zwar von der Frau Gemeinderätin Schloffer an den Herrn Stadtrat Gerhard Rüschi. In dem Zusammenhang darf ich auch die Gäste auf der Galerie herzlich willkommen heißen, ganz besonders den Herrn Pfarrer Wolfgang Pucher (*allgemeiner Applaus*).

4) Liefervertrag Hauptplatzstandln

GRin. **Schloffer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Schönen Nachmittag allen Anwesenden hier im Saale. Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Meine Anfrage betrifft den Liefervertrag der Hauptplatzstandln alt. Am 11. August hat ja der Herr Bürgermeister in einer Dringlichkeitsverfügung neue Marktstände beauftragt. Meine

Frage

betrifft die alten.

Können Sie garantieren, dass die Stadt Graz schad- und klaglos aus dem Liefervertrag „Hauptplatzstandln“ mit der Firma Draxler aussteigen kann? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir haben im Februar dieses Jahres den Rücktritt von dem Vertrag mit der Firma Draxler erklärt. Wir haben das rechtlich sehr, sehr gut vorbereitet mit den eigenen Rathausexperten und mit Experten von außen und sind dabei, wie gesagt, sehr vorsichtig vorgegangen. Der Vertrag ist gelöst mit der Firma Draxler und es hat bis jetzt keine rechtlichen Schritte von Seiten der Firma Draxler im Hinblick auf Schadenersatz gegeben. Insgesamt hat die Firma drei Jahre lang Zeit, einen allfälligen Schadenersatz anzugeben und zu fordern. Aus unserer Sicht sind die Chancen, hier durchzukommen, minimal, ganz schlicht deshalb, weil die Firma Draxler den Vertrag nicht eingehalten hat. Garantien für eine Schadlossituation für die Stadt kann es selbstverständlich nicht geben, ich kann nur noch einmal betonen, es ist sehr sorgfältig vorbereitet worden und bis jetzt hat die Firma Draxler auch keine Rechtsschritte unternommen. Insgesamt gibt es diese Möglichkeit drei Jahre lang.

GRin. **Schloffer**: Jetzt sind acht neue Marktstände bestellt worden. Wie viele haben jetzt nicht den neuen Vertrag unterschrieben und was passiert jetzt in Zukunft mit den restlichen Marktstandbetreibern? Werden Sie jetzt des Platzes verwiesen, gibt es da schon fixe Gespräche oder zieht sich das wieder dahin?

StR. Dr. **Rüsch**: Vier Standlbetreiber haben die Bestellung von diesen Wägen nicht aufgegeben, zwei davon haben sich vertraglich verpflichtet, innerhalb derselben Zeit dasselbe Modell aber mit anderen Produzenten herzustellen und zwei Marktstandbetreiber haben sich überhaupt nicht gerührt. Wir sind dabei, rechtlich zu

prüfen, unter welchen Bedingungen wir den Gestattungsvertrag auflösen können. Diese Marktstandbetreiber haben ja noch keine Marktzuweisung, die Marktzuweisung ist gebunden an die Bereitstellung eines neuen Standes. Bisher haben sie auch keine Anstalten gemacht, sie haben, wie gesagt, bisher ausschließlich einen Gestattungsvertrag und im Moment sind wir sehr intensiv dabei, diese Gestattungsverträge, die Bedingungen, unter denen diese beiden Gestattungsverträge aufgelöst werden können, zu prüfen und wenn es da eine klare rechtliche Position gibt, dann werden diese beiden Gestattungsverträge von unserer Seite aufgelöst.

5) Tanklager

GRin. **Rücker** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist jetzt der dritte Aufguss zu dieser Fragestellung, aber ganz bewusst trotzdem noch einmal in den Gemeinderat getragen, es geht um das Tanklager und die Flüssiggasverladestation, die geplant ist von der ÖBB in der Nähe des Ostbahnhofes. Ich habe schon zweimal eine Anfrage diesbezüglich an den Herrn Stadtrat gestellt. Ich möchte bewusst heute noch einmal die Möglichkeit nutzen, diese Frage zu stellen, weil sich doch ein bisschen was getan hat über den Sommer an weiteren Gesprächen und damit das nicht nur zwischen uns in Form von E-Mails und Vier-Augen-Gesprächen hin- und hergeht, würde ich gerne, nachdem bei allen Fraktionen hier großes Interesse daran bestand, wie die Verhandlungen weiterlaufen, den Herrn Stadtrat bitten, dazu hier herinnen zu berichten und das zweite Anliegen ist, auch wenn wir rechtlich in einer schwachen Position sind, was die eisenbahnrechtliche Situation anbelangt und der Bescheid für die ÖBB dort gültig ist, ist doch für mich weiterhin die Fragestellung, ob der politische Druck in Richtung Absiedelung der Flüssiggasverladestation aus der Stadt auf Grund des doch enorm hohen und nicht ausschließbaren Gefahrenmomentes nicht doch weiter eine politische Strategie ist. Deswegen stelle ich jetzt einmal die

F r a g e :

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich gehe jetzt auf die weiteren Details nicht ein, weil ich denke, die sich damit befasst haben, sind sehr gut informiert. Was können Sie dem Gemeinderat über den derzeitigen Verhandlungsstand mit den ÖBB zur Frage des geplanten Tanklagers und vor allem der Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof berichten?

StR. **Miedl:** Liebe Frau Kollegin, liebe Frau Gemeinderätin! Ich wiederhole es auch nur der Ordnung halber. Das Eisenbahnwesen ist in der Bundesverfassung geregelt und es ist absolute Bundeskompetenz. Die Länder haben Ausführungsmöglichkeiten, die Kommunen, die Gemeinden überhaupt keinerlei Mitspracherecht. Sie haben einen Zustand moniert, der aus der Sicht der Bevölkerung in dieser Gegend nicht befriedigend ist. Auf Grund Ihrer wiederholten Versuche, da etwas zu verbessern, habe ich mich gerne eingeschaltet und habe zu diesem Gipfel geladen, wo Sie ja auch dabei waren und es war durchaus so, dass diese Aussprache eine sehr direkte und harte war und der Vertreter der ÖBB auch gewusst hat, was sich die Stadt wünscht. Ich habe meine Beziehungen über meine Möglichkeiten hinaus als ehemaliger Verkehrssprecher im Parlament, ich habe die ÖBB-Reform wesentlich auch mitverhandelt, beziehungsweise die Beziehungen zum Generaldirektor Dr. Huber genutzt und habe versucht, hier einen Konsens herbeizuführen. Und ich sage jetzt noch einmal, in meiner Eigenschaft als zuständiger Stadtrat bin ich dem Legalitätsprinzip unterworfen, das heißt, ich sage nur, was das heißt; das heißt, ich kann gar nicht anders handeln als es das Gesetz vorsieht, widrigenfalls ich mich eines Amtsmissbrauches schuldig machen würde. Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen, so einfach ist die Geschichte ja nicht. Dessen ungeachtet, meine Damen und Herren und liebe Frau Gemeinderäte und Herrn Gemeinderäte, ist es mir gelungen, dass die ÖBB erstmals mit der Feuerpolizei verhandelt und zwar verhandelt über den optimalen Einbau von Sicherheitsanlagen. Und ich habe der ÖBB auch mitgeteilt, dass ich mir als das Mindeste erwarte, dass die modernsten Anlagen, die zum Schutz der Bevölkerung dort eingebaut werden können, auch eingebaut werden und das ist mir zugesichert worden (*Applaus ÖVP*) und, Frau

Kollegin, ich habe versucht so in dem Einvernehmen, da bemühe ich mich wirklich, weil ich nehme den Gemeinderat wirklich außerordentlich ernst, ich habe Ihnen da mitgeteilt, auch sehr freudig, habe mein Büro angewiesen, Sie wissen zu lassen, was der neueste Stand der Dinge ist, lese dann am nächsten Tag in der Zeitung, fauler Kompromiss. Ich bin gar nicht in der Lage, Kompromisse zu machen, weil es ein Gesetz gibt, auf das sich der Bauwerber berufen kann und wenn ich jetzt etwas erreiche im Interesse der Sicherheit der Bürger, die dort leben, dann will ich nicht als fauler Kompromisshandler sozusagen dargestellt werden. Weil wenn ich mich bemühe, dass man mehr sozusagen zustande kriegt, als das Gesetz vorsieht und ich bin dann der Kompromissmensch, dann fühle ich mich wirklich auch da missbraucht, Frau Kollegin, und ich bin gerne bereit, im Interesse der Sicherheit der Bürger alles zu unternehmen, das sage ich Ihnen noch einmal. Aber auf diese Art und Weise fühle ich mich hintergangen und auch hineingelegt, das tut man so nicht, das ist auch politisch nicht so anständig, sage ich wirklich dazu und ich erwarte mir da eine etwas andere Vorgangsweise und ich habe mich bei Gott redlich bemüht, dass wir dort was zustande bringen und ich glaube, wir werden was zustande bringen. Der Bericht der Feuerpolizei liegt mir vor, sie verhandeln gut, es geht da zügig weiter und ich denke, wir werden da einiges schaffen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Der faule Kompromiss hat sich auf den Bereich bezogen, ich kann mich sehr gut erinnern, dass in dieser Sitzung, in diesem Gipfelgespräch Ende Juni sehr stark, und auch Sie haben das sehr stark dort vertreten, der Eindruck hinterblieben ist, dass eine Absiedelung der Flüssiggasstation eigentlich die einzig richtige Maßnahmen wäre, abseits, ich weiß genau, wie die legale Situation ist und die rechtliche Situation ist, aber der politische Wunsch ganz stark in diese Richtung gehen sollte und in Bezug darauf ist es für mich zu wenig, diesen politischen Wunsch dort ruhen zu lassen, wo es darum geht, ok, es gibt jetzt die Zugeständnisse im Bereich der Sicherheitsmaßnahmen, mein Wunsch oder unser Wunsch ist, dass weiterhin versucht wird, solange es geht, wenn es dann nimmer geht, wissen wir dann eh, dass dann irgendwann der Punkt ausgeschöpft ist, aber solange es geht, auf die ÖBB einzuwirken, über einen alternativen Standort weiterhin nachzudenken. Und das war der Bezug auf den faulen Kompromiss, da wäre es für mich zu früh

gewesen zu sagen, ok Sicherheitsstandard erfüllt und wir nehmen das jetzt so wie es kommt. Also der politische Druck war damals so stark durch alle Fraktionen zu spüren, wir wollen was und das hätte ich mir weiterhin gewünscht und das war der Grund, warum ich das so genannt habe. Die Frage lautet eben: Können wir uns darauf noch einmal einigen, dass wir sagen, es wird weiterhin das Signal in diese Richtung gehen von der Stadt her, der Wunsch bleibt weiterhin die Absiedelung dieser Flüssiggasverladestation, das Tanklager, haben wir ja festgestellt, ist sicherheitstechnisch nicht das Problem, die Flüssiggasverladung ist laut Feuerwehr sehr drastisch beschrieben worden, auch anhand von konkreten Unfallbeispielen, dass das in einem dicht besiedelten Wohngebiet weiterhin als Risiko zu hoch wäre und das wir da weiterhin den Druck aufrecht erhalten wollen und da ersuche ich Sie, mir zu sagen, ob sie da auch weiter dabei sind.

StR. Miedl: Frau Gemeinderätin, selbstverständlich, es hat ja nicht einmal ein Signal gegeben, dass ich aufgehört habe zu wünschen, ja selbstverständlich, das weiß Generaldirektor Huber auch, die Haltung der Stadt kennt er. Das heißt, selbstverständlich bin ich nach wie vor dafür, alles zu unternehmen, das auch zu tun. Ich bitte jetzt nur und ich bin gerne bereit unter vier Augen so ein bisschen meine strategischen Überlegungen dazu zu sagen, nämlich eine Strategie, die öffentlich kundgemacht wird, ist ja dann keine mehr, aber natürlich versuche ich das und möglicherweise gelingt es uns temporär, mehr kann ich jetzt nicht sagen. Aber zur Zeit sind wir auf einen völlig anderem Verhandlungsstand und das Optimum an Sicherheitsanlagen wurde mir einmal garantiert. Und wir tun jetzt weiter und ich bin froh, wenn wir da gemeinsam sozusagen einen Schulterchluss in diese Richtung fassen, dass es eben dann schlussendlich auch zu einer Verlegung des Standortes kommt. Aber das kann ich nicht garantieren, mir fehlen dazu die gesetzlichen Voraussetzungen (*Applaus ÖVP*).

6) Straßenbaustellen

GR. **Mayr** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Zwischenruf GRin. Krampl: Warum fragst du nicht im Klub?

GR. **Mayr**: Ich möchte euch die Information nicht vorenthalten. In Graz wird viel investiert, da sind wir uns, glaube ich, einig, oder? Vor allem sind wichtige Infrastrukturprojekte für den ÖV, aber auch den MIV in Umsetzung: Die Verlängerungen der Straßenbahnlinien 4,5,6, Herr Stadtrat Riedler hat ja da auch viel beigetragen, Gleiserneuerungen der GVB, die Projekte der Infrastrukturgesellschaft der ÖBB im Grazer Westen, der Ausbau der Triesterstraße und "nebenbei" natürlich noch die üblich notwendigen Straßensanierungen. Der Aufwand der Baustellenlogistik, Koordination und Kommunikation war für diesen Sommer wirklich enorm, auch der Zeitplan bei vielen Bauprojekten scheint sehr ambitioniert gesetzt worden zu sein und auch eingehalten worden zu sein.

Ich stelle namens der ÖVP-Fraktion an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e :

Welche Erfahrungen haben sich aufgrund der zahlreichen Baustellen, die diesen Sommer über abgewickelt wurden, für die weiteren Projektschritte ergeben beziehungsweise wie geht es bei den für die Grazer Verkehrssituation relevanten Großprojekten weiter?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke für die Frage. Es hat im Laufe des Sommers, denke ich, sehr, sehr viele Rückmeldungen, Diskussionsbeiträge von allen Parteien gegeben, dass ich die Gelegenheit durchaus gerne wahrnehme, um einige grundlegende Dinge zu unserem Baustellensommer zu sagen. Zunächst einmal

einfach der Hinweis, dass wir heuer insgesamt zirka 4.000 Baustellen haben und davon 1000 schwerpunktmäßig in den Sommermonaten. Und zunächst einmal das freudige Ergebnis vorweg, alle großen Baustellen sind termingerecht fertig geworden, das war die Baustelle in der Leonhardstraße, Gleisaustausch der Grazer Verkehrsbetriebe, ebenfalls in der Lichtensteingasse im Zusammenhang mit der Linie 4, Peter-Rosegger-Straße, Petersgasse im Zusammenhang mit der Linie 6, die Triesterstraße beim Brauhaus, Asphaltierung im Zusammenhang mit der Verlängerung der Linie 5, die restliche Triesterstraße ist noch plangemäß im Bau bis Ende November. Dass das möglich war, ist selbstverständlich in erster Linie das Verdienst der vielen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen in den Baufirmen, dass das möglich war, ist aber durchaus auch ein Verdienst derjenigen Stellen, die mit der Koordination beschäftigt sind. Wir haben in Graz auch bei diesen Baustellen nicht nur die Baufirmen, die das Bauwerk, etwa die Verlängerung der Straßenbahnlinien herstellen, sondern auch alle Leitungsträger, Kanal selbstverständlich, Wasser und so fort und dass diese Aufgabe der Koordination nicht immer ganz einfach ist, ist klar, wir haben aber nachdem letztlich vom Straßenamt jede einzelne Baustelle genehmigt werden muss uns im Laufe der letzten Zeit durchaus intensiv darauf eingestellt, dass wir darüber versuchen zu koordinieren. Was mich besonders gefreut hat, das war, dass im Zuge gegen Ende der Ferien letztlich auch von den Medien und auch aus der Bevölkerung sehr, sehr positive Rückmeldungen gekommen sind, ich darf vielleicht erwähnen von einer Quelle, die sicherlich aus meiner Sicht unbedenklich ist, es hat eine Umfrage gegeben im Internet über eine Meldung über die Zustimmung, wieweit die Koordination der einzelnen Straßenbaustellen in diesem Sommer sehr gut funktioniert hat, wie weit sie nicht funktioniert hat und immerhin haben bei dieser Umfrage insgesamt 72 % derjenigen, die sich gemeldet haben, zustimmend ausgesprochen und nur 25% dagegen. Ich weiß natürlich auch nicht, wie diese Meldungen zustande gekommen sind, aber ich denke, dass die Quelle jedenfalls unverfänglich ist, es war nämlich die Homepage der SPÖ, auf der diese Umfrage gemacht worden ist. Also ich denke doch, dass insgesamt hier von Seiten auch der Bevölkerung festgestellt wurde, dass in Graz sehr viel weitergeht, dass in Graz sehr viel gebaut wird und dass da jedenfalls das, was möglich ist, gemacht wird. Selbstverständlich werden wir uns weiterhin bemühen im Rahmen für den nächsten Bausommer, der allerdings geringer ausfallen wird, hier die entsprechende Leistung von Seiten des Straßenamtes zu bringen und ich möchte mich an dieser

Stelle nochmals bei allen bedanken, die es geschafft haben, dass trotz der großen Belastung im Sommer die Baustellen, die wichtigsten Baustellen, jedenfalls alle zeitgerecht fertig geworden sind (*Applaus ÖVP*).

7) Linksabbiegespur an der Kreuzung Puntigamerstraße – Herrgottwiesgasse

GR. **Reiter** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Reiter**: Im Gegensatz zu unserem Verkehrssprecher, der fast ausschließlich mit dem Rad unterwegs ist, bin ich der Autofahrer in unserer Fraktion. Sehr geehrter Herr Stadtrat, stelle ich an Sie folgende Frage: An der Kreuzung Puntigamerstraße-Herrgottwiesgasse kommt es oft zu gefährlichen Situationen, weil die Linksabbiegespur in die Herrgottwiesgasse nicht in ausreichender Länge vorhanden ist. Sie bietet maximal für 5 Pkw Platz, müsste aber mindestens für die doppelte Anzahl aufnahmebereit sein.

Hier sollte man Abhilfe schaffen, um die Unfallgefahr möglichst gering zu halten.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass es zu einer Erweiterung des Linksabbiegestreifens an der Kreuzung Puntigamerstraße - Herrgottwiesgasse kommt? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also wir sind uns jedenfalls einig, mit dem Rad kommt man gut rüber über die Kreuzung.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Aber nur einmal.

StR. Dr. **Rüsch**: Die Antwort ist ein klares Nochnicht. Das heißt, ich bin noch nicht bereit, mich dafür einzusetzen und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Der Verkehrsstrom aus dem Süden von der Triesterstraße über den Gürtel dann links hinein in die Herrgottwiesgasse ist im Moment deshalb so stark, weil in der Triesterstraße gebaut wird. Er ist so stark, dass, wie Sie vielleicht gemerkt haben, wir sogar in der Früh in der Morgenspitze die Ampel ausgeschaltet haben, weil dadurch zwar ein leicht erhöhtes Sicherheitsrisiko besteht, aber auf der anderen Seite die Leistungsfähigkeit höher ist. Wir wollen gerne die Fertigstellung der Baustellen in der Triesterstraße abwarten, weil wir rechnen, dass durch die gut ausgebaute Triesterstraße, und zwar nördlich als auch südlich vom Gürtel, der Haupteinzugsstrom vom Süden in diesem Korridor in die Innenstadt über die Triesterstraße erfolgt und wollen an und für sich dem Linksabbieger in die Herrgottwiesgasse nicht mehr Platz einräumen. Die Herrgottwiesgasse ist ohnehin sehr stark belastet und ist dafür nicht so ausgebaut wie jedenfalls die Triesterstraße. Sollte sich dann zeigen, dass auch nach Fertigstellung der Triesterstraße es nach wie vor zu Schwierigkeiten kommt beim Linksabbiegen, werden wir selbstverständlich reagieren und zwar nicht selbst, sondern beim Land, das ist eine Landesstraße und auch die Kreuzung wird vom Land ausgebaut, das heißt, wenn das eintreffen sollte, dann werden wir uns beim Land selbstverständlich einsetzen, dass das geregelt wird.

GR. **Reiter**: Eher eine Zusatzbemerkung. Die Herrgottwiesgasse wird aus dem Grund so stark frequentiert, weil die andere Möglichkeit die parallel führende Puchstraße ist, aber dort ist im Nachrang der Verkehrsteilnehmer, was sich allerdings vielleicht ändern würde, wenn die Öffnung der Lagergasse endlich kommen würde. Der Durchbruch hinten entlang der Schleppbahnen oder was dort ist, über den Schlachthof einfach, wenn die geöffnet würde, dann glaube ich, würde es keinen

mehr interessieren, dass er durchfährt, weil das sind sicher sehr viele, die einfach das als Schleichweg nehmen, weil sie dort mit Vorrang einfach queren können.

StR. Dr. **Rüsch**: Also ich kann nur meine klare Antwort wiederholen. Dadurch dass wir die Triesterstraße ausgebaut haben und weiter ausbauen, und zwar sehr stark, sie wird im südlichen Bereich vom Gürtel vierspurig, durchgehend vierspurig ausgebaut. Sie ist jetzt im nördlichen Bereich im Zusammenhang mit der Unterführung der Linie 5 ausgebaut worden, sie ist dann weiter nach Norden hin auch gut ausgebaut, ist es das Ansinnen, möglichst viel Anreiz für die Autofahrer zu schaffen, die Triesterstraße für den Weg in die Stadt zu nutzen. Alle drei genannten Straßenzüge Herrgottwiesgasse, Puchstraße und die noch nicht geöffnete Lagergasse sind eindeutig zweitrangig und sollten aus meiner Sicht nur befahren werden, soweit es halt in der Triesterstraße dann nicht mehr möglich ist. Die Hauptbelastung sollte auf der Triesterstraße sein.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu den neuen Anfragen, möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen, auch die Lehrlinge der ÖBB-Lehrwerkstätte in unserem Kreis herzlich zu begrüßen (*allgemeiner Applaus*).